

# Gottesdienst für die Relegierten der Ossietzky-Schule (Erlöserkirche)

21. November 1988

Information Nr. 508/88 über die Durchführung eines sogenannten Informationsgottesdienstes in der Erlöserkirche Berlin-Lichtenberg

## Quelle

BStU, MfS, ZAIG 3708, Bl. 20–28 (1. Expl.: zurückgegebenes Honecker-Exemplar).

## Serie

Informationen.

## Verteiler

Honecker, Stoph, Hager, Herrmann, Krenz, Jarowinsky, Schabowski, Margot Honecker, Bellmann, Löffler – MfS: Mittig, Neiber, Schwanitz, Leiter HA II, Leiter HA IX, Leiter HA XX, Leiter BV Berlin, Carlsohn, HA XX/4, ZAIG/1, Ablage.

## Vermerke

Im Dokumentenkopf: »EH – 22.11.88« (Paraphe und Datierung Erich Honeckers); Im Text: Markierungen durch Honecker (siehe Fußnoten).

## Anlage

Aufruf zu einem Aktionstag zur Unterstützung der Relegierten.

## Verweise

Informationen [465/88](#), [490/88](#) und [522/88](#).

In Fortsetzung gleich gelagerter kirchlicher Veranstaltungen an den vergangenen Wochenenden (vgl. Informationen des MfS Nr. [465/88](#) vom 29. Oktober 1988 und [Jahrgang 1988](#) 490/88 vom 5. November 1988) fand am 20. November 1988 in der Zeit von 19.00 bis 20.00 Uhr in der Erlöserkirche ein sog. Informationsgottesdienst im Zusammenhang mit der Relegierung von Schülern der EOS »Carl von Ossietzky« in Berlin-Pankow statt.

Mit dem Ziel der vorbeugenden Verhinderung des politischen Missbrauchs dieser und angekündigter weiterer analoger kirchlicher Veranstaltungen wurden am 18. November 1988 durch Mitarbeiter zuständiger staatlicher Organe Gespräche mit Konsistorialpräsident *Stolpe* und Generalsuperintendent *Krusche*<sup>1</sup> geführt. Ihnen wurden die diesbezügliche staatliche Erwartungshaltung erläutert und konkrete Auflagen zur Verhinderung provokatorisch-demonstrativer Aktivitäten erteilt. Beide kirchliche Amtsträger erklärten, in diesem Sinne Einfluss auf die geplanten Veranstaltungen nehmen zu wollen.<sup>2</sup>

Am sog. Informationsgottesdienst<sup>3</sup> nahmen insgesamt ca. 1 000 Personen teil – erneut mehrheitlich Mitglieder und Sympathisanten kirchlicher Basisgruppen und jugendliche Personenkreise sowie vereinzelt Übersiedlungsersuchende.

Unter den Teilnehmern befanden sich solche hinlänglich bekannten Personen wie Reinhard *Schult*, Gerd und Ulrike *Poppe* und Katharina *Harich* sowie die kirchlichen Amtsträger Konsistorialpräsident *Stolpe*, Generalsuperintendent *Krusche*, Pfarrer *Simon* (Zionskirchgemeinde) und Pastorin *Misselwitz*. Anwesend waren ferner Mitglieder in der DDR weilender Delegationen der Vereinigung »Internationale Ärzte zur Verhütung eines Nuklearkrieges (IPPNW)«, Sektionen BRD und Niederlande.<sup>4</sup>

Nach der Eröffnung des »Informationsgottesdienstes« durch Stadtjugendpfarrer *Hülsemann* ergriff Generalsuperintendent *Krusche* das Wort. Deutlich erkennbar war sein Bemühen, beruhigend auf die Gesamtsituation einzuwirken. Bezug nehmend auf das Anliegen des Gottesdienstes erklärte er, dass die »Härte der Strafe« (Relegierung der EOS-Schüler) schon betroffen machen könne, jedoch Emotionen einzelner Gruppen in dieser Situation fehl am Platze seien. Von diesen Gruppen in der Öffentlichkeit angestrebte Aktivitäten würden die Situation der Betroffenen nur weiter negativ beeinflussen und die Weiterführung der Verhandlungen der Kirche mit den staatlichen Stellen erschweren. *Krusche* brachte die Hoffnung zum Ausdruck, dass durch Vernunft und Mäßigung den Betroffenen Gerechtigkeit widerfahre.

(Analog äußerte sich *Krusche* auch in seinen Abschlussworten zum »Informationsgottesdienst«. Er rief dazu auf, zu verhindern, dass unkontrollierte Emotionen in unbedachte Aktionen umschlagen können. Nach vorliegenden Hinweisen fand *Krusche* mit seinen versachlichenden Darlegungen wenig Resonanz bei den Anwesenden.)<sup>5</sup>

Konsistorialpräsident *Stolpe* führte u. a. aus:

»Ich bin jetzt fast auf den Tag genau 27 Jahre beauftragt, für die Kirche Verhandlungen mit Staatsorganen zu führen ... Ich habe selten, ich glaube, in den letzten 10 Jahren überhaupt nicht, eine Situation angetroffen, die mir so viel Rätsel aufgegeben hat und in der ich soviel Härte gespürt habe, wie jetzt hier in diesen eigentlich zunächst ganz harmlosen Vorgängen. Vergleichbare Schulstrafen, Auseinandersetzungen mit der Volksbildung in Einzelfällen, haben wir in all den Jahren immer wieder gehabt, und immer wieder auch hat es Möglichkeiten gegeben, dazu zu einer Verständigung zu kommen. In dieser Sache gibt es bis zur Stunde jedoch keine Entscheidung, die zufrieden stellt ...

Wir werden bei unserer Position bleiben müssen, dass es unserer evangelischen Kirche nicht darum geht, staatliches Schulmonopol zu brechen, dass wir uns aber verpflichtet wissen gegenüber Schülern und Eltern, ihre Belange, die sie mit Recht artikulieren möchten, gegenüber dem Bildungswesen weiterzutragen. Davon können wir nicht abrücken ...

Erreicht haben wir (in der Angelegenheit der EOS-Schüler) trotz intensiver Bemühungen bisher nichts, denn die Aussage, die wir gehört haben, ab Mai können neue Anträge gestellt<sup>6</sup> werden, ab Mai wird wohlwollend geprüft, wie es mit den Relegierten weitergeht, halten wir für keine befriedigende Entscheidung. Wir halten sie eigentlich für eine Verlängerung der unverständlichen harten Linie, die bereits getroffen wurde. Damit wird man sich nicht zufrieden geben. Was tun? Ich denke, hier sind zwei Dinge möglich. Wir werden vonseiten der Kirchenleitung weiter alle Möglichkeiten nutzen, die wir haben, um unsere Erwartung, unsere Betroffenheit, unsere Beunruhigung zu vermitteln. Und wir würden es für gut heißen, ich habe es allen gesagt, die mich danach gefragt haben, wenn diese Position, die viele andere in der Kirche auch einnehmen, ebenfalls weitergegeben würde.

Ich habe den Eindruck, dass individuelle Einzelaktionen wirksamer sind als Gruppenaktionen. Vielleicht sind gerade gezielte Einzelschritte wichtig, auch von solchen Leuten, die Gesprächskontakte haben, also Pfarrer, kirchliche Mitarbeiter, Gemeindeglieder, die Gesprächskontakte in ihren Betrieben, in staatlichen Verwaltungen oder sonst wo haben ...

Wir müssen uns intensiver dem Grundthema: »Christliche Menschen und überhaupt Menschen im Bildungssystem der DDR« stellen. Es müssen Wege gefunden werden, dass diejenigen, die es angeht, die Eltern, die Jugendlichen und ihre Seelsorger, Möglichkeiten haben, das zur Sprache zu bringen und das gesamtgesellschaftliche Gespräch über Fragen des Bildungswesens in Gang zu setzen.«

Im Verlaufe des »Informationsgottesdienstes« verlas die hinlänglich bekannte *Harich*, Katharina, einen sogenannten DDR-weiten Aufruf (Text als Anlage) zu einem am 27. November 1988 vorgesehenen »Aktionstag« gegen die Relegierung von vier Schülern der EOS »Carl von Ossietzky« Berlin. (Dieser »Aufruf« wurde erstmalig durch den bekannten Reinhard *Schult* während eines von der feindlich-negativen Gruppierung »Initiative Frieden und Menschenrechte« organisierten sogenannten Informationsabends zu Rumänien am 15. November 1988 in der Gethsemane-Kirchengemeinde bekannt gemacht. In ihm werden Forderungen erhoben, sich generell mit der Situation im Erziehungs- und Bildungswesen der DDR auseinanderzusetzen, eine Reform des Bildungssystems von der Vorschulerziehung bis zur Hochschulausbildung durchzuführen.)<sup>7</sup>

Nach vorliegenden Hinweisen nahmen an der Veranstaltung die in der DDR akkreditierten Korrespondenten *Heber* (ARD), *Brüssau* (ZDF) und *Kern* (Saarbrücker Zeitung) teil. Vor und nach der Veranstaltung wurden durch ein anwesendes ZDF-Fernsehteam Außenaufnahmen getätigt. Nach dem MfS weiter streng intern vorliegenden Hinweisen hatten die am »Informationsgottesdienst« teilnehmenden Vertreter der IPPNW nach dieser Veranstaltung eine Zusammenkunft mit dem hinlänglich bekannten Sebastian *Pflugbeil* (Mitarbeiter der Akademie der Wissenschaften der DDR).<sup>8</sup> In diesem Zusammenhang wurden mögliche Protestaktivitäten zur Rückgängigmachung der Relegierung der vier EOS-Schüler beraten. Prof. *Bonhoeffer* (BRD-Sektion) und Joseph *Weerts* (Niederländische Sektion) bekundeten die Absicht, an die Repräsentanten der DDR-Sektion in der IPPNW ein Schreiben zu senden, in dem die staatlichen Maßnahmen als Unterdrückung der Meinungsfreiheit in der DDR bezeichnet werden. Ihrer Auffassung nach sei das staatliche Vorgehen keinesfalls in Übereinstimmung mit den Inhalten und Zielen des stattgefundenen Symposiums der IPPNW in Weimar/Erfurt zu bringen. *Bonhoeffer* beabsichtige darüber hinaus, mit dem ZDF-Mitarbeiter Dirk *Sager* Verbindung aufzunehmen, um ihn zu beeinflussen, in einer der nächsten Sendungen im BRD-Fernsehen (zum Beispiel »Kennzeichen D«) dieses Problem aufzugreifen. Im Rahmen seiner nächsten Veröffentlichung in der Zeitschrift »Rundbrief« der BRD-Sektion der IPPNW beabsichtige er ebenfalls, auf dieses Problem aufmerksam zu machen.

Das Mitglied der BRD-Sektion der IPPNW, Dr. Gertrud *Gumlich*, äußerte, die DDR lege sehr viel Wert auf ihren internationalen Ruf und sei immer bestrebt, nach außen hin »weltmännisch« aufzutreten. Deshalb müsse ein wirksamer Druck von außen auf die DDR ausgeübt werden, um diese zum Nachgeben zu veranlassen.

*Weerts* erklärte, die Redaktion eines kirchlichen Senders in den Niederlanden mit Reichweite in die BRD über den genannten Sachverhalt in Kenntnis zu setzen, damit über diesen Weg entsprechende Protestaktionen verkündet werden können.

Des Weiteren beabsichtige er, ein entsprechendes Schreiben zu verfassen und an alle christlichen Schulen in den Niederlanden mit der Aufforderung zu versenden, umfassende Unterschriftensammlungen mit Protesterklärungen zu organisieren und diese an den Botschafter der DDR in den Niederlanden zu schicken.

Durch das MfS sind im Zusammenwirken mit den zuständigen Stellen geeignete Maßnahmen zur vorbeugenden Verhinderung öffentlichkeitswirksamer provokatorisch-demonstrativer Aktionen/Aktivitäten im Zusammenhang mit dem genannten »Aktionstag« am 27. November 1988 eingeleitet worden.

Die Information ist wegen Quellengefährdung nur zur persönlichen Kenntnisnahme bestimmt.

Mielke [Unterschrift]

# Anlage zur Information 508/88

Abschrift

## DDR-weiter Aufruf

In der Pankower EOS »Carl von Ossietzky«, benannt nach dem hervorragenden Publizisten und Pazifisten, der 1938 an den Folgen seiner KZ-Haft starb, geschah in jüngster Zeit Folgendes:

Es gab eine sogenannte Speakers-Corner auf dem Flur des Gebäudes; dort eine eigene Meinung zu äußern war die Aufforderung des Direktors zu Schuljahresbeginn. Schüler nutzten dieses Angebot und äußerten sich an dieser Wandzeitung unter Verwendung von Zitaten aus der DDR-Presse zu den Streiks in Polen, andere Schüler diskutierten in Zusammenhang mit einem in der Zeitschrift »Die Volksarmee« veröffentlichten Gedicht und anlässlich der Frage nach dem Sinn von Militärparaden ihre friedenspolitischen Auffassungen.

Wieder andere Schüler nahmen am 11.9. an der Veranstaltung zum Internationalen Gedenktag für die Opfer des faschistischen Terrors und Kampftag gegen den Faschismus auf dem Bebel-Platz teil.

Die Aufschriften ihrer mitgebrachten Transparente lauteten: »Gegen faschistische Tendenzen« und »Neonazis raus«.

Ein »Tribunal« von Lehrern und Leitungsfunktionären bescheinigte den Jugendlichen daraufhin, ihre Meinung zum Thema Polen sei »staatsfeindlich«.

Ihre Auffassungen zur Friedenspolitik und Friedenserziehung stellten eine »pazifistische Plattform« an der EOS »Carl von Ossietzky« (!) dar, und ihre antifaschistische Gesinnung sei, weil mit eigenen Plakaten manifestiert, als »Provokation« zu werten.

Rechtfertigungen der Schüler wurden unterbunden, dafür wurden, wo es aussichtsreich erschien, FDJ-Ausschlussverfahren durchgeführt.

Bei dieser Gelegenheit sprach der Vertreter der Kreisleitung der FDJ von »Antisozialistischer Plattformbildung im Blauhemd«. Man bemühe sich, um jeden zu kämpfen, z. B. um Grabschänder, Skinheads u. a., aber in diesem Fall müsste die Trennung von eindeutig staatsfeindlichen Schülern erfolgen.

Im Schnellverfahren wurden vier Relegierungen durchgesetzt, zwei Umschulungen eingeleitet und drei Verweise erteilt. Eltern, die Aufklärung auf dem gesetzlichen Eingabeweg verlangten, bekamen keine Antwort, weil ihre Eingaben verleumderisch und staatsfeindlich seien. Die Mitschüler der abgestraften Jugendlichen empfangen die Weisung, jeden Kontakt mit diesen zu meiden.

Seit dem 28.10. finden wöchentliche Andachten und Fürbittgottesdienste statt. Wir teilen die Meinung der Kirchenleitung, dass nur eine Rücknahme der Relegierungen und der anderen Schulstrafen zur Lösung des Problems und im Interesse der Betroffenen infrage kommt. Auf einen positiven Impuls hoffen wir, wenn am 20.11. um 20.00 Uhr Bischof Forck in der Berliner Erlöser-Gemeinde die Ergebnisse seiner Bemühungen öffentlich machen wird.

Sollten sich diese Bemühungen, auf dem Weg direkter Gespräche zu einer Lösung zu kommen, als vergeblich herausstellen, rufen wir hiermit alle Gemeinden, Gruppen und gesellschaftlichen Kräfte für Sonntag, den 27. November zu einem DDR-weiten Aktionstag auf!

Phantasie und Kreativität sind gefragt, um unterschiedlichste Aktionen wie Predigten, Fürbitten, Konzerte, Lesungen, Protestschreiben und Ausstellungen vorzubereiten.

Da die Vorgänge an der EOS »Carl von Ossietzky« nur ein Beispiel sind, ist es an der Zeit, sich mit der generellen Situation unseres Erziehungs- und Bildungswesens auseinanderzusetzen. Es gibt folgende Themenvorschläge, die sich ergänzen und über den Anlass hinaus diskutieren lassen:

- Um die Erziehung zu selbstständig denkenden und handelnden Menschen zu gewährleisten, die fähig und bereit sind, das Leben der Gemeinschaft zu gestalten, ist es notwendig, die Inhalte aller Bildungspläne neu zu erarbeiten.
- Entsprechend dieser allgemeinen emanzipatorischen Ansprüche sind die Lehr- und Erziehungsmethoden so zu gestalten, dass Initiativen und Kreativität aller möglich werden.
- Die Demokratisierung der Erziehungs- und Bildungseinrichtungen ist zu gewährleisten durch die Wählbarkeit von Direktoren und Lehrern, durch das Mitbestimmungsrecht von Schülern- und Studentenräten.
- Eine höhere Qualifikation und Kompetenz der Lehrer ist notwendig.
- Die Reform des Bildungssystems muss sich von der Vorschulerziehung bis zur Hochschulausbildung erstrecken.

Da die Reform auf der Basis einer breiten Diskussion aller gesellschaftlichen Gruppen und unter Mitsprache von Schülern, Studenten, Eltern, Mitarbeitern des Bildungs- und Sozialwesens vorbereitet werden muss, kann der Aktionstag der Beginn eines solchen notwendigen Prozesses sein.

1  
Handschriftliche Unterstreichung »Konsistorialpräsident Stolpe und Generalintendent Krusche«.

2  
Seitliche Randmarkierung dieses Absatzes.

3  
Handschriftliche Unterstreichung: »sog. Informationsgottesdienst«.

4

Seitliche Randmarkierung dieses Absatzes.

5

Handschriftliche Randmarkierung dieses Absatzes.

6

Handschriftlich unterstrichen »ab Mai ... gestellt«.

7

Handschriftliche Randmarkierung dieses Absatzes.

8

In seiner Email vom 6.4.2010 bestätigte Sebastian Pflugbeil, dass dieses Treffen in seiner Wohnung stattgefunden hat und dass die Haltungen der genannten Akteure im Wesentlichen richtig von der Stasi wiedergegeben worden sind.

© Copyright by Stasi-Unterlagen-Archiv.